

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGEZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Dr. H. F. G. Starke
Stellvertretende Chefredakteure: Hans-Wilhelm Meidinger, Dr. Heinz Pentzlin
Chef vom Dienst: Werner Marquardt

Verantwortlich für Innenpolitik: Werner Titzrath; Außenpolitik: Ernst-Ulrich Fromm; Kommentare: Wilfried Hertz-Eichenrode; Reportage: Dr. Bernd Nellessen; Wirtschaft: Werner Lichey; Wirtschaftskommentare und -reportagen: Dr. Rudolf Herit; Diplomatischer Korrespondent: Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein; Kultur: Hans Eberhard Friedrich; Feuilleton: Dr. Helmuth de Haas; Wissenschaft und Forschung: Dr. Friedrich Deich; Dr. Christoph Wolff; Kulturpolitik: Walter Görnitz; Sport: Aloys Behler; Aus aller Welt: Claus Lafrenz; Bild und Motor: F. Gert Pöhl; alle Hamburg, Bonner Büro: Georg Schröder, Berliner Büro: Bernd Conrad; Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Stellv. Reinhard Hoyer, Vertrieb: Hans-Joachim von Ehren; Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Kiesingers Warnschuß

Von GEORG SCHRÖDER

Die Bundestagsabgeordneten gehen in die Ferien. Das sei ihnen gegönnt in der Erwartung, daß sie mit besseren Nerven im Frühjahr an den Rhein zurückkehren werden. Gute Nerven, kühlen Kopf und Disziplin werden die Parlamentarier der Koalition brauchen, wenn sie dem parlamentarischen Regierungssystem nicht tödliche Wunden zufügen wollen. Das klingt dramatisch, aber es ist keine Schwarzmalerei.

Wir alle werden, ob es uns lieb ist oder nicht, noch längere Zeit mit der unbequemen Tatsache leben müssen, daß die Anpassung von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Finanzen an die neuen Gegebenheiten noch vor uns steht. Darum werden auch nicht demonstrierende Studenten, sondern die Minister und Abgeordneten von der Geschichte dafür verantwortlich gemacht werden, ob es gelungen ist, wieder Ordnung in die Finanzen zu bringen und dabei zugleich eine Sozialpolitik, ausgerichtet an den Realitäten, und eine Verteidigungskonzeption, ausgerichtet an dem deutschen Sicherheitsbedürfnis in einer außenpolitisch gewandelten Welt, durchzusetzen.

Das alles ist im Jahre der Wirtschaftsrezession und der leeren Kassen keine Vergnügungsfahrt. Aber gibt es jemand, der das nicht schon im Herbst vergangenen Jahres gewußt oder doch geahnt hätte? Wie ein Staat ist auch eine Regierung nur mit den Mitteln zu bewahren, mit denen sie begründet wurde. Diese Regierung Kiesinger/Brandt hat in einem Jahr des rapiden Autoritätsschwundes Gestalt angenommen: Die Haushaltsmisere hatte den unmittelbaren Anlaß gegeben, über dem die alte Koalition zerfallen und eine neue aus der Taufe gehoben worden ist. So läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß sich die Große Koalition nicht über Fragen der Deutschland-Politik, nicht über Probleme der Außenpolitik zerstreuen wird; sie könnte aber scheitern, wenn die Sozialdemokraten aus Angst vor den Gewerkschaften, aus Furcht vor einem Aufstand in ihrer Mitgliedschaft die vorgesehenen Streichungen in der Sozialpolitik torpedieren.

Wir haben in den letzten vierzehn Tagen fast zuviel sozialdemokratische Stimmen gehört, von denen wir nicht wissen, ob auch sie eine „konzertierte Aktion“ waren. Denn so leicht war es nicht auf einen Nenner zu bringen, daß führende Männer, wie Brandt und Wehner, ihre Entschlossenheit erklärten, die Große Koalition zum guten Ende zu bringen, während andere — so Alex

Aufgabe der Großen Koalition
Die Finanzmisere
Profilneurosen sind gefährlich

Möller und Alfred Nau — in starken Worten verkündeten, die SPD werde dafür sorgen, daß die soziale Sicherheit „uneingeschränkt“ aufrechterhalten bleibe. Gewiß, die Sozialdemokraten sind in keiner leichten Lage. Aber wer ist heute schon in einer leichten Lage? Die Neigung, noch einmal in die bequeme Selbsttäuschung zurückzufallen, es sei doch alles gar nicht so schlimm, erobert schwankende Gestalten. Aber keine Beruhigungsspielerei kann auslösen, daß leichtfertiger Optimismus, an dem wir alle teilhatten, die Ursache der Misere von heute ist. Wer versuchen sollte, bei Entscheidungen auf dem Gebiet, an dem sein Herz besonders hängt, diese Grundtatsache zu verleugnen, der ist dabei, neue Übel für morgen und übermorgen zu kreieren.

Angst vor der Courage wäre in dieser Lage ein tödliches Gift. Hoffen wir, daß der Anfall von Profilneurose, der den einen oder anderen sozialdemokratischen Abgeordneten, wie zuvor einzelne CDU-Abgeordnete, gepackt hat, bald sehr bald vorüber ist. Hoffen wir auch, daß nun nicht die Koalitionsfraktionen insgesamt von einer Profilneurose gegenüber der von ihnen gestellten Bundesregierung angefallen werden. Auch dafür gibt es leider erste Anzeichen. Schon der Gedanke ist politisch absurd, daß jene Große Koalition, die doch geschlossen wurde, um harte und unpopuläre Maßnahmen ohne Furcht davor durchführen zu können, daß die andere große Partei daran ihre Wahlsuppe kochen werde, nun gewissermaßen die fehlende Opposition im Bundestag aus ihren eigenen Reihen stellen müßte. Mit solchen Ideen können nur Abgeordnete kokettieren, die zumindest unbewußt noch im Zeitalter der konstitutionellen Monarchie und nicht in dem des parlamentarischen Regierungssystems leben.

Kurt Georg Kiesingers Warnschuß, mit dem er zu verstehen gab, daß er sich auch wieder nach Stuttgart zurückziehen könne, wenn ihn die Koalitionsparteien in der entscheidenden Runde im Stich ließen, war angebracht. Man mag darüber streiten, ob der Zeitpunkt verfrüht war. Man mag auch mit gutem Grund der Meinung sein, daß eine solche Waffe vom Bundeskanzler von nun an besser zwar geladen, aber verborgen im Schreibtisch gehalten wird. Doch das eine wie das andere ändert nichts an der Notwendigkeit, daß jeder beizeiten im Parlament wissen muß, was auf dem Spiel steht. Nun wissen es die Bundestagsabgeordneten.

Aus Briefen an die Redaktion

Stirnrunzeln

Zu: „Frankreich bremst England“ (die WELT vom 28. Juni):

Erschöpft, so lesen wir, entstieg Außenminister Brandt, aus Norwegen kommend, in Brüssel der Maschine. Obgleich er sich eines Sonderflugzeugs der Bundeswehr bediente, war es ihm offensichtlich nicht möglich, seine Reise so zu disponieren, daß er zu den wichtigen EWG-Verhandlungen, wenn schon nicht mit einer der zahlreichen Linienmaschinen, so wenigstens ausgerüstet erschienen wäre. So beherrschte denn der ausgeruhte Couve das Feld.

Wie ist eigentlich unsere EWG-Konzeption, so wir eine haben? Welches ist unsere Frankreich-Politik? Bedeutet unsere neu deklarierte Freundschaft, daß wir in

einige Art Stillhalteabkommen verharren?

Der große General läßt die Briten vor den Stufen seines Thrones antreten, genötigt auf ihre Schwierigkeiten hinabschauend, zu deren Behebung er seinerseits keinen Finger rührt. Wie lange will Bonn diese Spiegelfechterei, euphemistisches Politik heißen, noch mitmachen?

Nicht alle Probleme lösen sich durch Gewährenlassen und elegante Eloquenz. Wäre es wohl denkbar, daß nicht nur das Stirnrunzeln aus dem Elysée, sondern ein ähnlich indigniertes Stirnrunzeln aus dem Palais Schaumburg, wenn schon nicht politische Aktion gelegentlich den Gang der Dinge beeinflussen?

Die Sache, Europa, lohnt es immerhin.

Alfred Günzel, Bremen

Einhand-Segler

Manch einer mag sich den Kopf zerbrochen haben, was Francis Chichester mit seiner zweiten Hand getan hat. Hatte er sie in der Tasche vergraben oder hielt er seine Pfeife damit unklammert? — Ist er gar körperbehindert?

Nichts von alledem. Der Nachfahre des berühmten britischen Seehelden ist das Opfer eines Übersetzungsfehlers geworden.

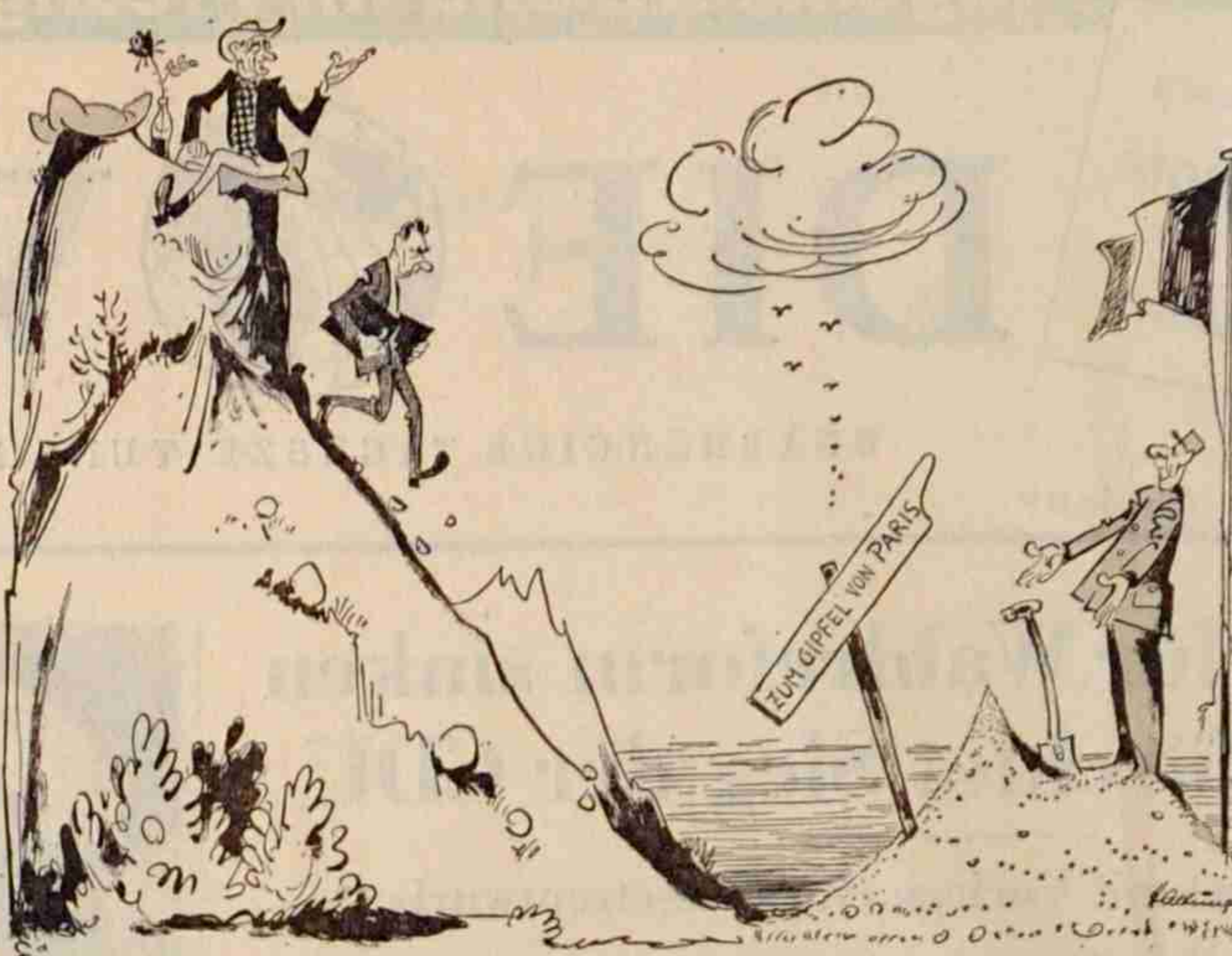
Im Englischen bezeichnet man mit „hands“ die Mitglieder der Besatzung eines Schiffes. Das englische Wort „single-handed racer“ hätte also mit Einmannsegler wiedergegeben werden müssen. Nach der „konzertierten Aktion“ nun der „Einhand-Segler“, der Schule gemacht hat. Wie doch unzulängliche Übersetzungen die deutsche Sprache bereichern können!

Dr. Hans-Jürgen Mendel, Legationsrat, Bonn

Kriegsopfer

Durch die WELT vom 26. Juni wurde bekannt, daß in Erwägung gezogen ist, an Kriegsopfer mit weniger als 40 Prozent Erwerbsminderung vorläufig keine Kriegsbeschädigtenrenten mehr zu zahlen. Gegebenenfalls wäre dies eine krasse soziale Maßnahme. Doch, wie dem auch sei, müßten die Kriegsopfer des ersten Weltkrieges bzw. Personen über 65 Jahre ausgenommen sein, die bisher schon im Ruhestand mit dem geringsten Betrag rechnen. Sie können nicht noch mehr Entbehrungen auf sich nehmen.

Dr. B. Hagelmoser, Waldkreibitz/Obb.



Von Gipfel zu Gipfelchen...

Zeichnung: Hartung

Rauschfest der „Steine“

Zwei Steine sind ins Rollen gekommen. Mick Jagger und Keith Richards, die Vorkämpfer im musikalischen Steinbruch der „Rolling Stones“, sind für drei Monate und ein Jahr der öffentlichen Verehrung ihrer Fans entzogen worden. Sie sitzen. Ein britisches Gericht überführte sie des Besizes von Rauschgift. Als der erschütterte Edel-Stein Mick Jagger das Urteil hörte, bot er den nicht minder erschütterten Fans Gelegenheit, Zeugen des biblischen Ereignisses eines Stein-Erweichens zu werden.

Der Prozeß war makaber. Er gab einen Blick frei in die Privat- und Scheinwelt der wimmern, jaulenden und so hochverehrten Pop-Idole. Da waberte Weihrauch durch ihre Gemächer, vermischt mit dem Qualm süßer Rauschgifte, und eine offenbar allem Irdischen entrückte Beat-Magd war auch im Spiel, zeitweilig mit nichts anderem bekleidet als ihrem guten Gewissen.

Das Rauschfest der „Steine“ war keineswegs einzigartig. Wenige Tage vor ihrem Prozeß hatte Paul McCartney höchst freiwillig bekundet, er habe bereits einige Male eine „Reise“ mit der Rauschdroge LSD unternommen.

Dabei entthüllte sich deutlich, welche Welten die beiden rivalisierenden Pop-Gruppen trennen. Der Beat verkündete, er habe dabei Zugang zu Gott gefunden. Die darben Steine, die nur Zugang zum Gefängnis fanden, haben nun Gelegenheit, über die seltsam verwechselartigen Wirkungen von Rauschgiften nachzudenken. Vielleicht hilft ihnen dabei eine asiatische Weisheit aus dem klassischen Lande der süßen Gifte weiter: Alle Steine rollen einmal zu Tal.

Fritz Wirth

Schweigen

Nachdem schon vor einigen Jahren ein rheinländisches Sanatorium unter dem Slogan „Acht Tage nichts hören und sehen!“ Kurkuren für Überbeanspruchte und Zivilisationsmüde eingerichtet hatte, ist man nun in einem nordfranzösischen Hotel noch einen Schritt weitergegangen: Der kluge Inhaber empfiehlt ein „lautloses Wochenende“ und hält von seinen Gästen strikt alles fern, was an unserer Zeit am schwersten zu ertragen ist, das dauernde Geräusch von Apparaten, Motoren, Rundfunk- und Fernsehgeräten, vor allem aber von menschlichen Wesen, die ständig sinnlos reden, reden, reden...

fw

Eine Wahl, die keine ist

Von BERNT CONRAD, Berlin

Am Sonntag soll in Mitteldeutschland wieder einmal bewiesen werden, was Demokratie wirklich ist. Die einzigen freien demokratischen Wahlen, die in Deutschland seit 1871 stattfinden, finden statt auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, verkündete SED-Propagandist Eisler stolz. Kein Wunder, daß die Ost-Berliner Zeitung hymnisch deklamiert: „Sommerblumen in die Vasen — Volkswahl soll ein Festtag sein!“

Ein Festtag darf natürlich nicht durch die Rivalität zwischen verschiedenen Parteien oder gar durch politische Meinungsverschiedenheiten gestört werden. Eine Einheitsliste nimmt den umsonst Bürgern die Qual der Wahl. Sie brauchen nur ein Kreuz auf den Stimmzettel der „Nationalen Front“ zu zeichnen und können dann dem Rat des Zeitungsdichters folgen: „Laßt des Lebens Freude ein.“

Dabei mag es manchen irritieren, daß auf der Einheitsliste 583 Namen stehen, aber nur 434 Volkskammerabgeordnete zu wählen sind. Aber keine Bange, auch hier verhilft Vorsorge alle Komplikationen: gewählt sind nämlich — nach der Reihenfolge der Liste — diejenigen, die mehr als fünfzig Prozent der Stimmen erhalten. Und weil mangels Geheimhaltung kaum jemand einen Namen streichen kann, steht die Reihenfolge der „gewählten“ Abgeordneten schon jetzt fest.

Doch was sollen diese Details? Unsere Wahlen sind echte Entscheidungen des Volkes über die Grundzüge der Staatspolitik, betonte Nationaldemokrat Heinrich Homann (einmal NSDAP-Mitglied seit 1933) als Sprecher der Wahlkommission im Bräuner der Überzeugung. Seinen Darlegungen kann man entnehmen: „Unsere Wahlen sind in den Prozeß ständiger Verwirklichung der Volksouveränität, in der sozialistische Demokratie eingebettet, die wir als dauerhafte Selbstbestimmung des Volkes über seinen gesellschaftlichen Entwicklungsweg verstehen.“ — Nicht

etwa über den privaten Weg des einzelnen Ostberliners oder Leipzigers zu seinen Verwandten nach Westberlin oder Stuttgart! Um das zu verhindern, gibt es die ebenfalls höchst „demokratische“ Mauer.

Aber zurück zum Wahlfest. Das besonders volksnahe an ihm, so wissen seine Propagandisten zu berichten, ist die Vorbereitung, denn sie wird „vom Volk selbst geleitet“. Bei uns sind die Wähler von Anfang an in die Auswahl der Kandidaten, in die Festlegung ihrer Reihenfolge einbezogen, versicherte Staatsratsmitglied Manfred Gerlach (LDP). Er hat recht: Die Kandidaten werden tatsächlich in Wählerversammlungen aufgestellt. Und wie es der Zufall will, nominieren die Versammlungen immer die richtigen Funktionäre, einstimmig natürlich. In der Zone dient eben auch der Zufall — planmäßig gelenkt — dem Sozialismus.

Was macht es da schon, ob bei der Wahl am Sonntag 99,95 Prozent Ja-Stimmen, wie bei der letzten Volkskammerwahl 1963, oder „nur“ 99,8 Prozent, wie bei der Kommunalwahl 1965, abgegeben werden? SED-Politbüro-Mitglied Hermann Matern hat es klar ausgesprochen: „Wir können alles, wenn wir nur wollen!“

Aufgelesen

Manch einer verdankt seinen Erfolg den Ratschlägen, die er von anderen nicht angenommen hat.

Bertrand Russell

Die Menschen von heute verschwenden zu viel Zeit, auf Reden und Gedanken anderer Menschen zu horchen.

Axel Munthe

Reich wird man erst durch Dinge, die man nicht begehrt.

Gandhi

Die kostbare Kraft liegt im Geist des Einzelmenschen, Gruppenschemen bekommen immer irgendeine Art Infektion.

John Steinbeck

Das Genie von heute wird der Durchschnitt von morgen sein.

Prof. Jean Rostand

französischer Naturforscher

Hier haben die Studenten recht

„Aktion 1. Juli“ soll auf Schwächen der Ausbildungsförderung aufmerksam machen

Von GÜNTER KREMS Bonn

Die Aussicht, daß an diesem Wochenende jeder zweite deutsche Student auf die Straße gehen wird, um zu demonstrieren, löst nach den Ereignissen in Berlin vermutlich bei den meisten Bundesbürgern alles andere als freundliche Zustimmung aus. Aber bei der „Aktion 1. Juli“ handelt es sich um eine gute Sache.

Die Studenten fordern „Chancengleichheit im Bildungswesen“, die Verwirklichung eines Prinzips also, das bislang zum großen Teil nur auf dem Papier steht. Sie wollen die Öffentlichkeit mobilisieren, um Regierung, Parlament und Parteien zu veranlassen, das System der Ausbildungsförderung zu vereinheitlichen, das gegenwärtig in Wahrheit das genaue Gegenteil eines Systems ist.

Es dürfte schwerfallen, in der

Bundesrepublik einen Bildungspolitiker, gleich welcher Couleur, zu finden, der diesen Wunsch der Studenten nicht teilt. Dennoch und obwohl dieses Thema seit nunmehr gut acht Jahren diskutiert wird, scheinen wir so weit wie eh und je von einer Vereinheitlichung der Ausbildungsförderung entfernt zu sein. Ansätze und Initiativen sowohl der Parteien als auch der Bundesregierung hat es zwar reichlich gegeben, aber sie sind samt und sonders über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen.

Bund, Länder und Gemeinden wenden jährlich nicht weniger als anderthalb Milliarden Mark für die Ausbildungsförderung auf. Aber diese anderthalb Milliarden werden aus 84 Töpfen verteilt. Allein im Bundeshaushalt gibt es dreißig Ansätze für Ausbildungsbeihilfen. Dabei sind die Voraussetzungen, in den Genuß einer dieser vielen Förderungsmaßnahmen zu gelangen, ebenso unterschiedlich wie die Höhe der einzelnen Förderungsbeträge. So erhalten, um ein Beispiel zu nennen, Studenten nach dem Honnefer Modell monatlich 290 Mark, nach dem Lastenausgleichsgesetz aber 450 Mark.

Eine andere Ungerechtheit in diesem selbst für Experten nicht mehr durchschaubaren Dschungel ist die Tatsache, daß ein großer Teil der anderthalb Milliarden Mark nach dem berüchtigten Gießkannenprinzip auf alle Bundesbürger, arme und reiche gleichermaßen, verteilt wird. Man mag darüber streiten, ob das vom Bundestag gestrichene Pennföhrer-gehalt ein Stück eines gerechten Familien-Lastenausgleichs war; als Maßnahme zur Ausbildungsförderung war es sicherlich verfehlt. Denn gibt man allen, Armen

ZUM TAGE

Vereinigt

hi. (Brüssel) — Gewillt, Fortschritte bei der Einigung Europas zu erzielen, entschlossen, die drei Gemeinschaften zu vereinheitlichen, in dem Bewußtsein, daß die Bildung gemeinsamer Organe der Gemeinschaften zu dieser Vereinheitlichung beiträgt, haben die Mitglieder von EWG, Euratom und Montanunion beschlossen, die Exekutiven zu fusionieren. Das sind, laut Präambel, die Gründe für die Zusammenlegung der Kommissionen von EWG und Euratom sowie der Hohen Behörde der Montanunion, die am 1. Juli wirksam wird. Es sind offensichtlich politische und keine ökonomischen Gründe, die laut Präambel bei der Fusion die Hauptrolle spielen. Denn von Rationalisierung der Arbeit oder von der Notwendigkeit, zu einer gemeinsamen Energiepolitik in diesem Europa zu kommen, ist nichts vermerkt.

Nach drei Jahren sollen die drei Gemeinschaften dann „vereinheitlicht“, das heißt, die Verträge über die drei Organisationen sollen verschmolzen werden. Nach der Präambel hängen Fortschritte bei der Einigung Europas von der Vereinheitlichung nicht nur der Spitzen, sondern der Gemeinschaften selbst ab. Wenn dem so sein sollte, werden die genannten Fortschritte bis 1970 auf sich warten lassen — bis der Gemeinsame Markt entsprechend dem gültig bleibenden EWG-Vertrag am Ende seiner Übergangszeit angekommen sein wird.

Dies aber wiederum kann politisch bedeuten, daß die Sechser-Gemeinschaft bis dahin ein geschlossener Klub bleibt, auch wenn fünf Klubmitglieder es nicht wünschen. Was weiß die Bonner Regierung darüber, ohne es zu sagen?

Öffentlich

Mü. (Bonn) — Wir haben in der Bundesrepublik über zwei-tausend Geheimparlamente. So könnte man die legislativen Organe der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung nennen. Es sind die sogenannten Vertreter-versammlungen bei den Krankenkassen, Rentenversicherungsinstitutionen und Unfallversicherungsinstitutionen. In ihnen sorgen die Vertrauensleute der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gemeinsam dafür, daß mit den Beitragsgeldern — bald 60 Milliarden Mark im Jahr — vernünftig umgegangen wird.

Selbstverwaltung gilt in der Regel als nützlich und lebenswert. Aber die Praxis entspricht nicht immer der Theorie. Von den über zweitausend Vertreter-versammlungen wurden beim letzten Mal, das war vor fünf Jahren, nur 38 wirklich gewählt. Die Wahlbeteiligung erreichte dabei in keinem Fall mehr als 23 Prozent. Wahrscheinlich ist nur einer Minderheit des Wahlvolkes bekannt, daß es solche Parlamente gibt. Der Bundestag hat am Freitag versucht, der Verbundenheit zwischen Sozialversicherung und Bevölkerung nachzuhelfen.

Neben Erleichterungen des Wahlverfahrens kann man, trotz naheliegender Einwände, vor allem begrüßen, daß die Vertreter-versammlungen in Zukunft grundsätzlich öffentlich tagen sollen. Dem Interesse der Versicherten an den Vorgängen in ihrer Versicherung muß ein optimaler Spielraum gegeben werden. Da Regierung und Parlament jedoch von der Annahme ausgehen, daß die Selbstverwaltung sich in jeder Beziehung bewährt habe, standen kritische Fragen, wie etwa Macht und Willkür der Verbände, nicht zur Diskussion.



„Sollte nicht jemand so etwas Ähnliches wie die Gesundheitspolizei rufen?“ Daily Mail; Zeichnung: Billingworth